

# Der Gipfel der Aussparungen

31. Mär 11:33

**Auf dem Energiegipfel im Kanzleramt werden die Schlüsselfragen gar nicht erst angefasst, meint Grünen-Umweltexperte Loske. In einem Beitrag für die Netzeitung plädiert er für eine «Verbesserung der Energieintelligenz».**

*Von Reinhard Loske*

Wenn am kommenden Montag im Kanzleramt der so genannte Energiegipfel stattfindet, bleiben zentrale Fragen der Energiepolitik außen vor. Es ist noch zu verstehen, dass die Regierung die Atomkraft nicht aufrufen will, weil sie hier uneins ist. Schließlich will man sich vor Publikum nicht beharken, obwohl es interessant gewesen wäre, die «Angebote» der AKW-Betreiber für Klimaschutz und stabile Strompreise einmal schwarz auf weiß zu sehen.



Schon weniger verständlich ist das Ausblenden der Steinkohlesubventionen, weil es hier um Milliardenbelastungen der öffentlichen Haushalte geht, ohne dass ein energiepolitischer Nutzen auszumachen wäre. Was etwa wird aus den «Ewigkeitskosten» des Bergbaus, wenn die Ruhrkohle AG an die Börse geht? Soll wieder der Steuerzahler bluten? Völlig unverständlich ist, dass langfristige Klimaschutzziele und der Emissionshandel nicht thematisiert werden sollen, schließlich hat die Menge an erlaubtem Kohlendioxidausstoß bis 2010, 2020 oder 2050 direkte Rückwirkungen auf die Energieinfrastrukturen der Zukunft. Planungssicherheit kann so nicht entstehen.

## **Liste mit Altbekanntem**

Und ans Absurde grenzt, dass die Sektoren, die fast vollständig von den Importenergien Öl und Gas abhängen, nämlich der Verkehrs- und der Haushaltsbereich, nur am Rande gestreift werden sollen. Das ist so, als würde man einen Gipfel zur Haushaltskonsolidierung abhalten und die Themen Pensionslasten und Subventionsabbau unberücksichtigt lassen. In Wahrheit haben wir es am Montag also bestenfalls mit einem Stromgipfel, vielleicht sogar nur mit einem Strompreisgipfel zu tun. Eine konsistente Energiestrategie jedenfalls sieht anders aus.

So unvollständig die Themenliste ist, so bezeichnend ist die Teilnehmerliste. Vornweg werden die vier großen Strommonopolisten hofiert, die direkt oder indirekt über achtzig Prozent des Strommarktes kontrollieren und diesen Zustand auch fortschreiben wollen. Sie sollen, so der Wunsch der Regierung, eine Liste von Neuinvestitionen in Großkraftwerke, vor allem Kohlekraftwerke mitbringen. Diese Liste wird überwiegend Altbekanntes und schon mehrfach Angekündigtes enthalten und unter einem Vorbehalt stehen: Nur wenn im Rahmen des so genannten Emissionshandels sehr weitgehende Verschmutzungsrechte an die Stromkonzerne vergeben werden, so hört man von diesen, seien sie auch bereit, die angekündigten Investitionen zu realisieren.

## **Klimaschutz als Geißel**

Der Klimaschutz soll mithin als Geißel genommen werden, um zentralistische Strukturen in der Elektrizitätswirtschaft festzuschreiben. Das ist alles andere als Innovation, das ist die

Einschränkung klimapolitischer Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft. Und es ist das faktische Behindern von dezentralen und wettbewerbsorientierten Energiepfaden. Denn sind Kohlekraftwerke einmal gebaut, laufen sie im Regelfall vierzig Jahre, also bis 2050.

Schenkt man der Klimaforschung aber Vertrauen, dann müssen die Kohlendioxidemissionen der Industrieländer in eben diesem Jahr 2050 um sechzig bis achtzig Prozent unter dem Niveau von heute liegen, um den globalen Wandel in vertretbaren Grenzen zu halten. Neue Kohlekraftwerke dürften also nur noch gebaut werden, wenn zugleich die Abscheidung und Rückhaltung von Kohlendioxid gelänge. Dazu ist von den großen Stromkonzernen aber außer allgemeinen Bekundungen nichts zu hören.



### **Planungssicherheit statt warmer Worte**

Immerhin ist die neue Regierung klug genug, um den gewachsenen Stellenwert der erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Wirtschaftsbranche zu erkennen. Vertreter der Biomasse-, Solar- und Windenergie sitzen mit am Tisch, wenn es um den Energiemix der Zukunft geht. Auch diese Branche braucht aber Planungssicherheit und nicht nur warme Worte. Sie braucht klare Wachstumsziele in den Bereichen Strom, Wärme und Kraftstoffe.

Vor allem muss bezüglich der Förderinstrumente Klarheit geschaffen werden, um jetzt die notwendigen Investitionen loszutreten: Wie geht es mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz weiter? Was wird aus den steuerlichen Anreizen zum Einsatz von Bioenergien? Wann kommt das Wärmegesetz für regenerative Energien und wann der Beimischungszwang für Biokraftstoffe? Hier ist die Regierung bislang Antworten schuldig geblieben.

### **Quotenmodell wäre vernünftig**

Wenn über die Energieerzeugungsseite gesprochen wird, dann darf vor allem die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) nicht fehlen, also die gemeinsame Erzeugung von elektrischer und thermischer Energie. Sie ist einer der wichtigsten Schlüssel zur klimaverträglichen Energieversorgung. Die alte Bundesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, den KWK-Anteil an der Stromerzeugung bis 2010 von zehn auf zwanzig Prozent zu verdoppeln, aber nicht genug zur Erreichung dieses Ziels getan. Jetzt muss Bilanz gezogen und versucht werden, dem gesteckten Ziel noch so nahe wie möglich zu kommen.

Vernünftig wäre hier ein Quotenmodell, das allen Energieversorgern einen bestimmten KWK-Anteil vorschreibt, ihnen aber Freiheit bei der Zielerreichung lässt. Profiteure einer solchen Regelung wären vor allem dezentrale Energieanbieter wie die Stadtwerke und Technologieunternehmen.

### **Zukunft der Einsparung**

So wichtig Vereinbarungen über moderne Kraftwerke, erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung auch sind, der absolute Primat der Energiepolitik muss in Zukunft der Einsparung gehören, also der intelligenten Nutzung von Energie und der Bekämpfung ihrer Verschwendung auf allen Ebenen. Schon heute ließen sich in den meisten Industriestaaten zwanzig bis dreißig Prozent des Energieverbrauchs einsparen, wenn die beste verfügbare Technologie zum Einsatz käme.

Bis Mitte des Jahrhunderts ist in Deutschland mindestens eine Halbierung des Energieverbrauchs ohne Wohlstandsverluste möglich. Wenn Anlagen-, Motoren- und Heizkesselbauer ihre technischen Potenziale ausspielen können, Architekten und Bauherren umdenken und das allgemeine Energiebewusstsein steigt, lässt sich Erstaunliches erreichen. Eine «Nationale Strategie zur Verbesserung der Energieintelligenz» wäre volkswirtschaftlich, energie- und klimapolitisch sinnvoll.

### **Gipfel der Einsparungen notwendig**

Volkswirtschaftlich bedeutet Energieeinsparung nichts anderes als die Substitution von teuren Energieimporten durch Handwerksleistungen, Industrieproduktion und Ingenieursverstand im Inland. Energiepolitisch macht uns Einsparung unabhängiger von Öl- und Gasimporten aus politisch prekären Weltregionen. Und sie ist die Voraussetzung dafür, dass der Anteil der erneuerbaren Energien zügig in relevante Größenordnungen steigen kann und wir in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in eine kohlendioxidfreie Energieversorgung einschwenken.

Das alles passiert nicht von selbst, sondern muss gemeinsam von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gestaltet werden. In einer solchen Philosophie haben dann auch Energiedialoge und Energiegipfel ihren Platz. Aber bitte nicht als Gipfel der Ausparungen, sondern als Gipfel der Einsparungen.

*Reinhard Loske ist Bundestagsabgeordneter der Grünen und lehrt Politische Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er ist Vorsitzender der Studiengruppe für Globale Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.*